

Familienpolitik als Gesellschaftspolitik

=====

in einem demokratischen und sozialen Staat

=====

- 1) **Familienpolitik muss sich als Gesellschaftspolitik verstehen und auf den Erhalt der Gesellschaft ausgerichtet sein.** Familienpolitische Maßnahmen umfassen eine Vielfalt von Möglichkeiten zur Förderung von Familie als natürlicher Grundeinheit der Gesellschaft. Nach Art. 6 Grundgesetz haben Eltern „das natürliche Recht“ und die von der staatlichen Gemeinschaft überwachte Pflicht zur „Pflege und Erziehung der Kinder“. Entsprechend müssen für die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten von Eltern institutionelle, rechtliche und sozial abgesicherte Voraussetzungen vorhanden sein.
- 2) **Familienpolitik muss nicht nur bestehende Familien unterstützen, sondern auch Familiengründungen fördern,** im besonderen in einer Gesellschaft mit seit langem relativ abnehmender Geburtenrate und den absehbaren Konsequenzen für die demografische Entwicklung. Quantitative Aspekte der Geburtenentwicklung und qualitative Aspekte der Entwicklung von Kindern müssen umfassender und sachlicher als bisher aufgezeigt werden.
- 3) **Familienpolitik muss das Problem der Kinderbetreuung, das heute im Mittelpunkt der familienpolitischen Diskussion steht, für alle Beteiligten „gerecht“ lösen.** Kindeswohl, Elternwohl, Familien - und Gesellschaftswohl in kurz- und langfristiger Betrachtung müssen zu einem Ausgleich gebracht werden. Zurzeit wird das „Kindeswohl“ im Vergleich zu den wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaft viel zu wenig diskutiert, obgleich es für die qualitative Gesellschaftsentwicklung besonders wichtig ist.
- 4) **Familienpolitik muss sich am tatsächlichen Verhalten der Menschen, ihren individuellen Wünschen und Wertvorstellungen orientieren.** Dabei kann und muss die Familienpolitik mit Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Folgen in der Weise Einfluss auf das Verhalten der Menschen nehmen, dass „Familie“ als Sinn generierendes Lebenskonzept wieder mehr an Bedeutung gewinnt und bei entsprechend günstigen Bedingungen auch realisiert wird.
- 5) **Familienpolitik muss berücksichtigen, dass die Familiengründung heute eine weitgehend freiwillige Entscheidung ist, die mit anderen Lebensentwürfen konkurriert.** In einer liberal orientierten Gesellschaft müssen deshalb attraktive Rahmenbedingungen für mehr Kinder geschaffen werden, - Anreize also, die - bei allen Erwägungen junger Menschen über „pro und contra Kind“ - Gründe für das „contra“ beseitigen und so das „pro“ überwiegen lassen.
- 6) **Familienpolitik muss radikal umdenken und die Bedeutung der Familienleistung neu bewerten.** Immer weniger Eltern sind bereit, Elternleistung zum Nulltarif zu erbringen und darüber hinaus die kostenintensive Erziehung mit allen zusätzlichen Risiken für die Kinder und sich selbst weitgehend allein auf sich zu nehmen. Dies zeigt die seit Jahrzehnten negativ wirksame demografische Entwicklung in der BRD mit völlig unzureichender Geburtenrate. Die Diskussionen um die so geringe finanzielle Anerkennung der Betreuungsleistung von Eltern sogar nur für ihre Kleinkinder (Betreuungsgeld) macht bewusst, wie tief die traditionell kostenlose Elternleistung noch immer im „öffentlichen“ Bewusstsein verwurzelt zu sein scheint. Das „private“ Bewusstsein von Eltern hat sich mit der Entscheidung für immer weniger Kinder schon lange an die mangelnde Anerkennung der Elternleistung angepasst. Entsprechend wird die Kinderbetreuung zunehmend abgegeben und durch externe Erwerbsarbeit ersetzt.

7) Familienpolitik muss von einer Mehrheit in der Gesellschaft als „sozial gerecht“ nachvollziehbar sein. Familien tragen zum Erhalt der Gesellschaft bei und erbringen insofern auch eine gesellschaftliche Leistung. Deshalb dürfen Familiengründungen nicht immer mehr zum „Luxus“ werden, sondern müssen für alle finanzierbar sein und dürfen weder kurzfristig noch langfristig in eine „Armutsfalle“ führen. Das Bewusstsein für die materielle Benachteiligung von Familien gegenüber kinderlosen Paaren wächst, der Widerstand dagegen auch. Geringere Kinderzahl, zunehmende Erwerbsarbeit beider Elternteile und abnehmende Kinderfreundlichkeit sind die unmittelbaren Folgen, die Zunahme sozialer Probleme mit erheblichen und absehbaren gesellschaftlichen Kosten die mittelbaren Folgen.

8) Familienpolitik heute muss dem Streben nach verschiedenen Lebensentwürfen gerecht werden und die Familienförderung im Interesse aller in den Mittelpunkt stellen. Wer sich heute für Familie entscheidet, entscheidet sich meist bewusst für ein Lebensmodell, von dem er sich zwar viel „Glück“ erhofft, dessen Risiken aber gerade heute in einer liberalen Informationsgesellschaft mit starker Individualisierung nicht übersehbar sind. Die Freiheit in der Wahl von Lebenswegen wird auch von Eltern für die Familie in Anspruch genommen, innerhalb legaler Grenzen nach eigenen Interessen und in eigener Verantwortung (Art. 6 Grundgesetz).

Familienpolitik heute muss den Eltern „echte“ Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung ermöglichen. Freiheit für die Familiengründung ist eng verbunden mit Entscheidungsfreiheit für die Kinderbetreuung. Eltern haben Kinder, um mit ihnen nach ihren Wertvorstellungen zusammen zu leben und ihre Werte an sie weiter zu geben. Dabei gehen sie verschiedenen Wegen nach. Wer seine Kinder aber aus finanziellen Gründen wegen notwendiger Erwerbstätigkeit weggeben „muss“, aber nicht „will“, hat keine „echte“ Wahlfreiheit. Im Zweifel wird er sich eher gegen Kinder entscheiden als für Kinder. Deshalb müssen Eltern nicht nur „formale“, sondern mehr „echte Wahlfreiheit“ haben, wenn die Gesellschaft bessere Voraussetzungen für mehr Kinder schaffen will. Echte Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung muss aber finanzierbar sein, entweder von den Eltern und/oder mit Hilfe der Gesellschaft durch Transferleistungen im Interesse der Gesellschaft.

Die Einführung des Elterngeldes seit 1.1.2007 hat vielen Eltern die Möglichkeit gegeben, die Eltern-Kind-Beziehung zumindest im ersten Lebensjahr zu festigen. Allerdings können sich viele Eltern eine Elternzeit mit Elterngeld schon im ersten Jahr nicht leisten. Geringverdienende sind oft sogar schlechter gestellt als vor Einführung des Elterngeldes (bis 31.12.2006: 2 Jahre Erziehungsgeld für überwiegend alle Eltern). Spätestens nach Ablauf der Elternzeit mit Elterngeld ist die finanzielle Situation der Familie - ohne Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit - wegen der hohen Kosten für Kinder meist schlechter als vorher. Als Lohnersatz Einkommen verbessert das Elterngeld vor allem die Wahlfreiheit für Gutverdienende, ist aber auf 12 (14) Monate begrenzt und ist nicht verknüpft mit der Elternleistung für die Gesellschaft, sondern mit der Lohnverzichtsleistung der Eltern und - den unterschiedlichen Einkommen entsprechend - differenziert.

Das ab 1.8.2013 eingeführte „Betreuungsgeld“ für Eltern, die ihr Kind im 2. und 3. Lebensjahr „zu Hause“ (d.h. in eigener Regie) betreuen wollen oder betreuen lassen wollen, ist so gering, dass es für Haushalte mit geringem Einkommen kaum Wahlfreiheit ermöglicht und für Haushalte mit mittlerem und höherem Einkommen wenig oder gar keinen Anreiz für mehr Kinder bietet, sondern eher einen „Mitnahmeeffekt“ hat. Die kontroverse Diskussion über das Betreuungsgeld auch nach seiner Einführung schärft aber das gesellschaftliche Bewusstsein darüber, dass Familiengründungen und Familienarbeit ohne größere materielle und immaterielle gesellschaftliche Anerkennung keineswegs mehr so selbstverständlich sind wie früher.

Die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau von Krippen für Kleinkinder, den Ausbau von Ganztagschulen und der Kitas für Schulkinderbetreuung (Hort) entspricht dem Wunsch vieler Eltern, die erwerbstätig sein müssen oder wollen. Wie weit „echte“ Wahlfreiheit vorliegt, hängt wesentlich von der Einkommenslage der Familie ab. In der Diskussion über den Krippenausbau treten die Bedürfnisse von Kleinkindern - meist zugunsten wirtschaftlicher Interessen - oft in den Hintergrund. Viele Studien, auch von Kinderärzten und Soziologen, weisen darauf hin, dass eine zu frühe Trennung von Kleinkindern von ihren festen Bezugspersonen das Bindungsverhalten sehr negativ beeinflusst, mit entsprechenden sozialen Folgen für die Gesellschaft. Denn sichere Bindungen von Kindern vor allem im Kleinkindalter sind wesentlicher Bestandteil ihres späteren sozialen Verhaltens und ihrer gelebten Werte.

9) Familienpolitik heute muss „Elternleistung“ materiell anerkennen und sichern.

Elternleistungen sind Leistungen, die zwar im Interesse der Eltern liegen, aber gleichzeitig über den Bestand der künftigen Gesellschaft entscheiden. Unbezahlte Elternleistungen konkurrieren mit bezahlten Marktleistungen, die materielle Unabhängigkeiten und soziale Sicherheiten bieten. Elternleistungen werden deshalb von Eltern zunehmend nur erbracht, wenn sie ihre eigene Zukunft und die Zukunft der Familie positiv bewerten. Dazu gehören materielle Absicherungen und Wahlfreiheiten über die Organisation der Familie.

Ein existenzsicherndes „Erziehungsgehalt“ mit sozialer Absicherung zur freien Verwendung für Eigenbetreuung oder Fremdbetreuung von Kindern für alle Eltern gewährleistet mehr „echte“ Wahlfreiheit für alle Beteiligten auf der materiellen Ebene; ebenso trägt ein Familiensplitting zur materiellen Entlastung von Familien bei und wird auch als „sozial“ gerechter angesehen als das Ehegattensplitting, das zurzeit auch Kinderlosen zukommt. Die Wahl zwischen mehr Kindeswohl, mehr Elternwohl und mehr Familienwohl muss „echt“ entscheidbar bei den Eltern liegen, die zuallererst die Verantwortung für ihre Kinder haben. Im gesamtgesellschaftlichen Interesse muss die Übernahme der Familienverantwortung möglich, honoriert und leichter gemacht werden als heute. Mehr materielle Anerkennung der Familienleistung entlastet nicht nur die Eltern, sondern auch die künftige Gesellschaft als soziale Gesellschaft und fördert außerdem das Bewusstsein für die Bedeutung der Familie aus quantitativer und qualitativer Sicht.

10) ZUSAMMENFASSUNG:

Ein sozialversicherungspflichtiges „ERZIEHUNGSGEHALT“ für alle Eltern und die steuerliche Entlastung durch FAMILIENSPLITTING unterstützen die „ECHTE“ WAHLFREIHEIT von Eltern für die Kinderbetreuung und kommt dem Streben von Eltern nach mehr materieller Sicherheit durch „Doppelverdienst“ entgegen. Die „echte“ Wahlfreiheit ist notwendig, damit Eltern das „KINDESWOHL“ für ihre Kinder nach ihren Vorstellungen umsetzen und verantworten können. Familienleben aus wirtschaftlichen Gründen gegen die eigenen Überzeugungen der Eltern organisieren zu müssen, macht Elternschaft zwischen Lust und Frust noch risikoreicher und die Alternativen dazu noch bewusster, macht Eltern weniger Mut zu mehr Kindern oder lässt viele Menschen ganz auf Kinder verzichten. Deshalb:

„OHNE ZUKUNFT KEINE KINDER, OHNE KINDER KEINE ZUKUNFT!“